

Dringliche Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): Alarmstufe rot bei der Stadtpolizei – wann wird endlich gehandelt?

Mit mehreren Vorstössen versuchte der Interpellant auf die prekäre Situation bei der Stadtpolizei aufmerksam zu machen und forderte in der Stadtratsitzung vom 5. Juni 2003 „Mehr Sicherheit für die Bevölkerung der Stadt Bern“. In dieser Motion wurde eine Aufstockung des Personalbestandes der Stadtpolizei gefordert. Unverständlicherweise lehnte RGM die Motion ab. Selbst ein Kompromissvorschlag des Motionärs und die eindringlichen Worte des Gemeinderates stiessen bei RGM auf Ablehnung.

So werden die bestehenden Probleme nicht gelöst, sondern nur verdrängt. Fakt ist, dass die Angestellten der Stadtpolizei trotz regelmässiger Unterstützung durch die Kantonspolizei und der Polizeikräfte aus anderen Städten nach wie vor riesige Mengen an Überstunden machen. Diese gegenwärtige Arbeits- und Präsenzzeit der Arbeitnehmer der Stadtpolizei ist schon des Guten zuviel. Der Polizeiverband spricht von „50 Jahren Überzeit“! Die Familien der Angehörigen des Polizeikorps müssen immer mehr auf ihre Ehepartner und Väter verzichten. Dies trotz der angeblich so „familien- und kinderfreundlichen Politik“ der RGM-Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat? Angehörige der Stadtpolizei und ihre Familien gehören, wie es scheint, nicht in dieses Konzept!

Im Moment kann unsere Polizei die an sie gestellten Aufgaben kaum noch bewältigen. Es ist höchste Zeit, dass die Politik sich dessen annimmt und nach guten Lösungen sucht, welche dann auch schnellstmöglich umgesetzt werden.

Fakt ist auch, dass die Arbeitnehmer der Stadtpolizei gegenüber den Angestellten anderer Gemeinden finanziell deutlich schlechter gestellt sind.

Gemäss Aussagen von Verantwortlichen der Stadtpolizei müssen mindestens 62 neue Stellen geschaffen werden um der gegenwärtigen Situation Herr zu werden. Und nun droht die Polizei mit „Dienst nach Vorschrift“ oder gar mit Streik!

Es ist höchste Zeit zu handeln, bevor die Situation vollends aus dem Ruder läuft!

Darum werden den Gemeinderat nun folgende Fragen gestellt:

1. Wie nimmt der Gemeinderat zu den geschilderten Umständen bei der Stadtpolizei Stellung?
2. Wie reagiert er auf die Drohung der Polizei auf „Dienst nach Vorschrift“ oder gar Streik?
3. Könnte bei einem Streik die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten werden?
4. Bei einem Streik oder „Dienst nach Vorschrift“ könnte der Service public nicht mehr aufrechterhalten werden. Wie nimmt der Gemeinderat dazu Stellung?
5. Ist der Gemeinderat bereit, einen „runden Tisch“ mit Vertretern aus Polizei und Politik zu organisieren?
6. Was passiert mit den Überstunden der Angehörigen der Stadtpolizei, wenn diese vom Kanton übernommen werden?
7. Hat der Gemeinderat eine Lösung, wie die vielen Überstunden sinnvoll für alle Beteiligten abgebaut oder entschädigt werden können?
8. Ist der Gemeinderat auch der Ansicht, dass die vielen Überstunden des Polizeikorps klar und deutlich vom Ziel einer sinnvollen Familienpolitik der Stadt Bern abweichen?
9. Wo ist für den Gemeinderat die Grenze des Zumutbaren an Überstunden für unser Polizeikorps?

10. Wieso werden die Arbeitnehmer des Polizeikorps der Stadt Bern schlechter bezahlt, als z.B. die Arbeitnehmer von den Korps anderer Gemeinden oder der Kantonspolizei?
11. Hat der Gemeinderat einen Verbesserungsvorschlag um dieses Problem zu lösen und somit zumindest eine lohnmassige Gleichstellung, z. B. mit der Kantonspolizei zu schaffen?

Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der gestellten Fragen.

Begründung der Dringlichkeit:

Das Polizeikorps der Stadt Bern droht mit Streik. Es ist höchste Zeit zu handeln und aktiv zu werden, bevor die Situation eskaliert. Darum muss der Stadtrat die Möglichkeit haben, darüber zu sprechen und schnell nach Lösungen zu suchen, bevor sich Sicherheit und Ordnung in der Bundeshauptstadt wegen eines Streikes im Ausnahmezustand befinden.

Bern, 15. Juni 2006

Dringliche Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Thomas Weil, Erich J. Hess, Dieter Beyeler, Lydia Riesen, Peter Bernasconi, Stefan Bärtschi, Simon Glauser, Ernst Stauffer

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.